Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Julian Assanges Vater in Berlin: “Die Bundesregierung muss endlich handeln”
2. Ukraine auf Korruptionsindex – “Korruption auf fast jeder Ebene”
3. St. Petersburg sets the stage for the War of Economic Corridors
4. Umweltverbände kritisieren Einigung zu Ceta-Handelsabkommen
5. Eine Viertelmilliarde Menschen drohen in Armut abzurutschen
6. Pöbel-Eklat in Magdeburg: Kann man Karl Lauterbach noch ernst nehmen?
7. »Putin will, dass sich unser Land zerlegt. Aber wir zerlegen uns nicht«
8. «Die Impfdebatte hat das Klima vergiftet»: Österreich hebt die Corona-Impfpflicht endgültig auf
9. Investigate Europe:Wie Lobbys und rechte Politiker die Reduktion von Pestiziden behindern
10. Großbritannien will Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ignorieren
11. Weil niemand Terroristen zuhört
12. USA sind der größte Auslöser für Flüchtlingsprobleme der Welt
13. Der Kampf ums Wasser ist ein zentrales Thema in Chile – das Städtchen Putaendo zeigt, weshalb
14. “Zensur macht nur die Sowjetunion, wir selbst haben freie Medien”
15. Tief ist der Brunnen der Vergangenheit

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Julian Assanges Vater in Berlin: “Die Bundesregierung muss endlich handeln”**
   Bei einem Besuch in Berlin appellierten der Vater und der Bruder von Julian Assange an die Bundesregierung, endlich aktiv zu werden, um den inhaftierten Whistleblower vor einer Auslieferung in die USA zu bewahren. Besonders die Grünen stünden aufgrund ihrer Wahlkampfversprechen von 2021 in der Pflicht. Dies berichtet das Magazin “RT DE”.
   Weiter berichtet RT DE: “Der Vater und der Bruder von Julian Assange, John und Gabriel Shipton, teilten den deutschen Medien bei ihrem Aufenthalt in Berlin

nachdrücklich mit, was sie aktuell von der deutschen Bundesregierung und dabei speziell von den Grünen rund um die Ausweisungsanordnung der britischen Innenministerin Priti Patel erwarten.
Bei dem Besuch der beiden Familienangehörigen des im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh einsitzenden Julian Assange am Montag im Verlagshaus der Berliner Zeitung fand John Shipton deutliche Worte in Richtung Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt:
"Joe Biden wird handeln, wenn Deutschland den Fall auf den Tisch legt und sich mit den NATO-Partnern verständigt. Nächste Woche ist das G7-Treffen in München. Eine gute Gelegenheit, um Druck aufzubauen."
Quelle: Extrem News

dazu auch: **Assange Put on Suicide Watch After Patel Decision, Father Says**
John Shipton said Julian Assange was stripped naked and put in an empty cell to prevent him from killing himself over the home secretary's decision to sign his extradition order, Joe Lauria reports.
Quelle: Consortiumnews

2. **Ukraine auf Korruptionsindex – "Korruption auf fast jeder Ebene"**
   Bestechung zieht sich in der Ukraine durch viele Bereiche – nur ein Land in Europa ist noch korrupter. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt könnte ein Ansporn sein, sich zu verbessern.
   Die Ukraine ist fast das korrupteste Land Europas. Zumindest nach dem Korruptionsindex von Transparency International. Dort belegt sie Platz 122 von 180. Nur in einem Land auf dem europäischen Kontinent sieht es in Sachen Korruption noch schlechter aus – in Russland.Das sei ein Problem, das den Ukrainerinnen und Ukrainern schmerzlich bewusst sei, berichtet Maxim. "Es ist keine Raketenwissenschaft, dass wir Korruption in großem Ausmaß haben. Der Unterschied zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ist, dass Korruption fast auf jeder Ebene der Regierung vorkommt, von den kleinen Leuten bis hin zum potenziellen Premierminister."
   Quelle: Tagesschau
3. **St. Petersburg sets the stage for the War of Economic Corridors**
   The St. Petersburg International Economic Forum has been configured for years now as absolutely essential to understand the evolving dynamics and the trials and tribulations of Eurasia integration.
   St. Petersburg in 2022 is even more crucial as it directly connects to three simultaneous developments I had previously outlined, in no particular order:

First, the coming of the “new G8” – four BRICS nations (Brazil, Russia, India, China), plus Iran, Indonesia, Turkey and Mexico, whose GDP per purchasing parity power (PPP) already dwarfs the old, western-dominated G8.
Second, the Chinese “Three Rings” strategy of developing geoeconomic relations with its neighbors and partners.
Third, the development of BRICS+, or extended BRICS, including some members of the “new G8,” to be discussed at the upcoming summit in China.
There was hardly any doubt President Putin would be the star of St. Petersburg 2022, delivering a sharp, detailed speech to the plenary session.
Quelle: Pepe Escobar auf The Cradle

4. **Umweltverbände kritisieren Einigung zu Ceta-Handelsabkommen**
Die Ampel-Fraktionen verständigten sich darauf, das umstrittene Ratifizierungsgesetz im Kabinett noch vor der Sommerpause einzubringen. Umweltverbände zeigen sich empört.
Auf die Einigung der Ampel-Fraktionen zur Ratifizierung des EU-Handelsabkommens Ceta mit Kanada haben Umweltverbände skeptisch bis empört reagiert. Die “vermeintlichen Anpassungen” bei Ceta seien “nichts mehr als ein Feigenblatt”, beklagte die Geschäftsführerin des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Antje von Broock, am Freitag in Berlin. Das Abkommen stelle die Rechte von Investoren über den Schutz von Umwelt und Klima. Vom Verband der Automobilindustrie kam hingegen Zuspruch.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
5. **Eine Viertelmilliarde Menschen drohen in Armut abzurutschen**
Die globale Ungleichheit ist so gross wie lange nicht, sagt Oxfam. Nur wenige werden reicher, während eine Krise der anderen folgt.
Die weniger Wohlhabenden haben weltweit zwei schwierige bis existenzbedrohende Jahre hinter sich, während die Superreichen auf zwei aussergewöhnlich gute Jahre zurückblicken können. Die Ungleichheit in der Welt sei in Folge der Covid-19-Pandemie drastisch angestiegen, und zwar in jeder Hinsicht, gab Oxfam Ende Mai in dem Bericht «Profiting from Pain» bekannt.
Der Report erschien nicht zufällig kurz vor dem WEF in Davos. «Die Zahlen sind auf so erschütternde Weise entlarvend, dass mittlerweile selbst von konservativen Stimmen Zweifel am endlosen ‹Weiter so› zu hören sind», schreibt die Entwicklungsorganisation in ihrem Newsletter, in dem sie die wichtigsten Zahlen auflistet.
Bereits im Januar hatte Oxfam in einem Report die wachsende Ungleichheit thematisiert und vor «ökonomischer Gewalt» gewarnt. Die Diagnose bleibt die gleiche: Die soziale Ungleichheit hat weltweit insgesamt stark zugenommen. Die steigenden Preise, die unter anderem in Grossbritannien kürzlich für Demonstrationen sorgten,

sind dabei noch gar nicht erfasst. Inflation sowie steigende Energie- und Lebensmittelpreise als Folge des Überfalls Russlands auf die Ukraine setzen vor allem Arme und Ausgegrenzte weltweit weiter unter Druck. In einer Übersicht zeigt der «Guardian» auf, was das von Belgien bis in die USA konkret bedeutet.
Quelle: Infosperber

6. **Pöbel-Eklat in Magdeburg: Kann man Karl Lauterbach noch ernst nehmen?**
Der Gesundheitsminister soll bei einer Verdi-Demo ungeimpfte Pflegekräfte beschimpft und Fake News verbreitet haben. Ist er noch ernst zu nehmen?
Es beginnt ganz harmlos. „Zunächst möchte ich all denjenigen danken, die heute hier sind und in den letzten zwei Jahren dafür gesorgt haben, dass Menschen, die krank geworden sind, überlebt haben“, sagte Karl Lauterbach (SPD) am Mittwoch auf einer Kundgebung des Pflegepersonals der Gewerkschaft Verdi in Magdeburg. „Dass wir durch diese Pandemie gekommen sind in einer Art und Weise, wie es vielen anderen Ländern nicht gelungen ist, dank ihrer Leistung ist das gelungen“, fährt der Gesundheitsminister fort. Doch dann kommt das Unfassbare: „Diejenigen, die hier gegen die Impfung protestieren“, zeigt er auf die Demonstranten zu seiner linken Seite, „haben dazu keinen Beitrag geleistet“.
Die Demo der Pflegekräfte sollte eigentlich auf die Missstände im Gesundheitswesen aufmerksam machen. Verdi nutzte dazu den Auftakt der Gesundheitskonferenz in Magdeburg, knapp 400 Protestierende zogen mit Transparenten und Sprechchören für mehr Personal durch die Stadt in Sachsen-Anhalt. In NRW bestreikt die Gewerkschaft schon seit acht Wochen die sechs Uniklinken des größten Bundeslandes – weil sich die Lage in den Krankenhäusern durch den wohlbekannten Fachkräftemangel drastisch zuspitzt. Die Pflegekräfte sind völlig zu Recht mehr als sauer, dass dagegen vonseiten der Politik so gut wie nichts getan wird und eine angemessene Patientenversorgung somit kaum noch möglich ist.
Und dann tritt der Gesundheitsminister aufs Podest und beleidigt die ungeimpften Pflegekräfte? […]
Quelle: Berliner Zeitung

7. **»Putin will, dass sich unser Land zerlegt. Aber wir zerlegen uns nicht«**
Der Vizekanzler erwartet einen harten Winter für die Deutschen. Hier spricht er über Putins Kalkül, kalte Wohnungen und darüber, wie schnell er selbst duscht.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung JK: *Es gibt Prognosen, die angesichts der explodierenden Gaspreise mit Heizkostennachzahlungen von bis zu mehreren tausend Euro rechnen. Das sind Beträge, die für Bürger am unteren Ende der Lohnskala eine existenzielle Bedrohung darstellen. Für die soziale Spaltung der Gesellschaft, für sinkende Reallöhne und für*

den größten Niedriglohnsektor in der EU, ist aber sicher nicht Putin verantwortlich. Sozialer Protest, den man offensichtlich angesichts der weiter steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten fürchtet, soll durch das neue Propagandanarrativ, das Habeck hier vorstellt, so von Anfang als Unterstützung Putins delegitimiert werden. Der Zynismus besteht dann auch darin, dass ein Robert Habeck, als fast idealtypischer Vertreter des grünen bürgerlichen Milieus, für das die Verachtung der nichtakademischen lohnarbeitenden Bevölkerung quasi zur eigenen DNA gehört, nun von „wir" und Zusammenhalt schwafelt.

8. **«Die Impfdebatte hat das Klima vergiftet»: Österreich hebt die Corona-Impfpflicht endgültig auf**
   Um der Pandemie Herr zu werden, hat die Regierung in Wien im Herbst eine Impfpflicht beschlossen. Diese war für das Land aber eine Zerreissprobe. Auch aus gesundheitspolitischer Sicht erfüllte das Gesetz die Erwartungen nicht. Nun soll es abgeschafft werden.
   Noch ist Österreich die einzige europäische Demokratie, in der es eine gesetzlich verankerte Impfpflicht gegen das Coronavirus gibt. Am Donnerstag hat Österreichs Gesundheitsminister Johannes Rauch aber bekanntgegeben, dass die Regierung die Impfpflicht, die derzeit ausgesetzt ist, endgültig abschaffen wolle. Anfang Juli soll das Parlament darüber entscheiden. «Die Infektionswellen werden bleiben, wir müssen damit leben», sagte Rauch.
   Die Impfpflicht hatte zu Jahresbeginn zu hitzigen Diskussionen und Protesten aus verschiedenen Lagern geführt. Die Debatte setzte dem damaligen Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein derart zu, dass er im März zurücktrat. Impfgegner hatten gegen ihn und seine Familie Drohungen ausgestossen.
   Rauch, Mücksteins Nachfolger von der Grünen Partei, hofft, dass die Abschaffung der Impfpflicht hilft, die Gräben in Österreich wieder zuzuschütten. «Die Debatte hat das Klima in Österreich vergiftet», sagte der Minister. Er appellierte an die Vernunft und die Solidarität der Einwohner. Diese sei nötig, um die momentanen Krisen, die Inflation und die Folgen des Ukraine-Krieges, zu bewältigen.
   Aus seiner Sicht gibt es auch aus gesundheitspolitischer Sicht keinen Grund, am entsprechenden Gesetz festzuhalten. Die Impfpflicht habe nicht dazu geführt, dass sich in Österreich mehr Menschen gegen das Coronavirus impfen liessen. Noch schlimmer: Rauch ist überzeugt, dass das Gesetz gar einen gegenteiligen Effekt hatte – viele Menschen verweigerten das Vakzin aus Trotz. «Das Impfgesetz hat zu mehr Widerstand geführt», sagte auch August Wöginger, der Fraktionschef der Regierungspartei ÖVP.
   Quelle: NZZ

9. **Investigate Europe:Wie Lobbys und rechte Politiker die Reduktion von Pestiziden behindern**
   Glyphosat und Co. bedrohen die Artenvielfalt und die Nahrungsmittelproduktion der Zukunft. Deshalb will die EU ihren Einsatz bis 2030 halbieren. Doch dagegen formiert sich Widerstand – der auch den Ukraine-Krieg als Vorwand nennt
   Ein schwarzes Netz ist über die Apfelplantage gespannt, an der vorbei Günther Wallnöfer jeden Abend seine Kühe von der Wiese in den Stall treibt. „Das soll unter anderem verhindern, dass sich die Pestizide auch über die umliegenden Flächen verteilen“, erklärt der 44-Jährige, der in der Gemeinde Mals in Südtirol von der biologischen Milchwirtschaft und dem Gemüseanbau lebt. Trotzdem sei er stets nervös, wenn er Proben von dem Gras machen lässt, das neben konventionellen Apfelplantagen gewachsen ist, erzählt Wallnöfer, dessen Großeltern bereits von der Vieh- und Landwirtschaft in Mals gelebt haben. Denn trotz der Netze und Hecken landen die Mittel dort, wo sie nicht hingehören: auf den Wiesen, im Wasser, selbst auf Spielplätzen fand die Umweltgruppe der Gemeinde Spuren von Pestiziden.
   5200 Menschen beschlossen, sich zu wehren
   Die Menschen in der 5200-Einwohner-Gemeinde beschlossen sich zu wehren. Bei einem Referendum im Jahr 2014 stimmten drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger dafür, den Einsatz von Pestiziden in Mals zu verbieten. Das sorgte in Südtirol, wo die Apfelwirtschaft jährlich einen Umsatz zwischen 500 und 600 Millionen Euro macht, für Aufregung. Der Bio-Anteil ist mit 14 Prozent im europäischen Durchschnitt zwar relativ hoch, doch der Großteil der Plantagen setzt auf den Einsatz von Pestiziden. Und so klagten dutzende Landwirte gegen die nach der Abstimmung verabschiedete Verordnung, die den Gifteinsatz radikal beschränken sollte. Die örtlichen Verwaltungsrichter gaben ihnen recht. Jetzt liegt die Entscheidung beim obersten Verwaltungsgericht in Rom.
   Quelle: Tagesspiegel
10. **Großbritannien will Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ignorieren**
    Was die angeblichen „westlichen Werte“ tatsächlich wert sind, können wir in diesen Tagen an sehr vielen Beispielen beobachten. Großbritannien fügt der Liste nun ein weiteres Beispiel hinzu, denn London hat mit Ruanda ein Abkommen geschlossen, demzufolge illegale Einwanderer nach Ruanda abgeschoben werden können. (…)
    Erinnern Sie sich auch noch an die Jahre 2015 und danach, als die Parole „Kein Mensch ist illegal!“ propagiert wurde? Wo sind denn jetzt all die Aktivisten und Medien, die uns damals erzählt haben, jeder müsse einwandern können und es könne per Definition keine „Illegalen“ geben? In den Medien, die diese These damals aggressiv vertreten haben, bekommen diese Aktivisten heute keine Stimme mehr

So ist das mit den „westlichen Werten“ – wenn sich die Zeiten ändern, ändern sich auch die Werte. 2015 war es Politik und Medien wichtig, Stimmung für massenhafte Einwanderung zu machen, daher war die Parole „Kein Mensch ist illegal!“ damals fast täglich in den Medien. Inzwischen hatten die Medien Corona, zwischendurch hatten sie immer mal wieder Klimawandel und aktuell haben sie „gute Ukrainer“ und „böse Russen“ – für Afrikaner, Afghanen und Syrer, die den „Qualitätsmedien“ vor ein paar Jahren noch ganz wichtig waren, ist da heute keine Zeit mehr.
Quelle: Anti-Spiegel

11. **Weil niemand Terroristen zuhört**
Ohne Beweise vorzulegen, hat Israel sechs palästinensische Organisationen, darunter zwei medico-Partnerorganisationen, als „terroristisch“ eingestuft. Das soll auch Geberorganisationen unter Druck setzen
In den vergangenen Jahren wurde unseren Partnerorganisationen Union of Agricultural Work Committees (UAWC) und Al Haq, aber auch anderen palästinensischen Institutionen durch selbsternannte proisraelische Watchdog-Organisationen immer wieder die Unterstützung von Terrorismus vorgeworfen. Beweise für die schwerwiegenden Anschuldigungen wurden gleichwohl nicht vorgelegt. Im Gegenteil, frühere Untersuchungen hatten UAWC wiederholt freigesprochen. Auch Al Haq wurden nie Vergehen nachgewiesen. Trotzdem hat sich die israelische Regierung diese Behauptungen offiziell zu eigen gemacht.
Im Kampf um die internationale öffentliche Meinung und nicht zuletzt die Haltung der Geldgeber wird mit unsauberen Mitteln gekämpft, wie die israelische Policy Working Group schon 2018 in einem umfassenden Bericht dargelegt hat. Falschdarstellungen, absichtliche Auslassungen sowie lückenhaft ausgeführte und tendenziös präsentierte Recherchen gehörten zum Standardrepertoire, um Rufschädigung zu bewirken. Trotzdem fungieren mittlerweile auch deutsche Medien und Organisationen als Echokammern solcher Diffamierungen. Die Grundsätze journalistischer Arbeit werden dabei regelmäßig ignoriert. Dieselben Medien, die mit ihrer Berichterstattung auf politische Entscheidungsträger:innen und die Öffentlichkeit einwirken, befassen sich nicht mit einer Prüfung der Vorwürfe, der späteren Entlastung der Angeklagten oder der Fragwürdigkeit von Quellen.
Quelle: Medico international

12. **USA sind der größte Auslöser für Flüchtlingsprobleme der Welt**
Dem vor kurzem vom UN-Flüchtlingskommissariat veröffentlichten Jahresbericht zufolge hat die Zahl der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Obdachlosen, die aufgrund von Konflikten oder Verfolgung aus ihren Heimatländern geflohen sind, zum ersten Mal 100 Millionen übertroffen. Einige westliche Länder, darunter auch die USA, haben willkürlich die Regierungen anderer Länder umgestürzt sowie Unruhen und Konflikte

exportiert, die für die immer schwereren Flüchtlingsprobleme verantwortlich sind. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben die USA Kriege gestartet. Allein in Afghanistan sind elf Millionen Menschen zu Flüchtlingen geworden. 2021 kündigte die Biden-Regierung einen Truppenabzug aus Afghanistan an, der allerdings ein von Katastrophen geplagtes Krisenland hinterlassen hat.
Die USA haben nicht nur überall Flüchtlingskrisen fabriziert, sondern auch mit verschiedenen Ausreden ihre Verantwortung zum Schutz der Flüchtlinge vernachlässigt. Reuters zufolge haben die USA im März, in dem der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sich immer weiter verschärfte, nur zwölf ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Dies steht in großem Gegensatz zu dem von der US-Regierung proklamierten Ziel der Aufnahme von 100.000 ukrainischen Flüchtlingen. Fakten zeigen, dass die USA mit ihren Taten der größte Auslöser der Flüchtlingsprobleme der Welt sind und die Menschenrechte weltweit grob verletzt haben.
Quelle: CRI online

13. **Der Kampf ums Wasser ist ein zentrales Thema in Chile – das Städtchen Putaendo zeigt, weshalb**
Der chilenische Wohlstand fusst auf Bergbau. Doch eine Kleinstadt am Fusse der Anden wehrt sich gegen ein neues Megaprojekt. Wegen einer grossen Dürre fürchten die Einwohner um ihre Lebensgrundlage. Sie setzen ihre Hoffnung auf die neue Verfassung.
Ein Viehzüchter im Städtchen Putaendo, gespiegelt an seiner Hauswand. Die Bauern bangen um das ohnehin bereits spärliche Wasser.
Esteban Felix / AP
Rund 100 Kilometer nördlich von Santiago spannt sich eine 100 Meter lange Brücke über sonnengebleichte Steine. Kein Tropfen Wasser ist im Flussbett zu sehen. An den Ufern liegt das verschlafene Städtchen Putaendo in der Region Valparaíso. Seit 2010 leidet Zentralchile unter der sogenannten Megadürre. Es ist die längste Trockenheit seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, und sie wird extremer. Es regnet weniger, die Durchschnittstemperaturen steigen, die Grundwasserspiegel sinken, die Gletscher schmelzen ab. Nie kam weniger Wasser aus den Kordilleren der Anden als im vergangenen Jahr.
Angst vor der Kupfermine
Noch leben die meisten Menschen in Putaendo von der Landwirtschaft. So wie der 62-jährige Luis Manzano. «2019 habe ich wie jedes Jahr meine Kühe auf die Kordilleren geschickt. Von 50 kamen 16 zurück», sagt er, blinzelt aus seinem wettergegerbten Gesicht in die Abendsonne und tätschelt den Hals eines seiner Pferde. «Wegen der Dürre gab es nicht genug Gras.» Die Tiere waren unter der Andensonne verendet. In

Putaendo starben in jenem Jahr mindestens 80 Prozent der Nutztiere, in ganz Chile waren es mehr als 100 000. Die regionale Viehwirtschaft und die bepflanzte Fläche – und damit die landwirtschaftliche Produktion – nehmen schon lange deutlich ab. Immer weniger Menschen finden Arbeit. Seit Jahren haben sie Angst, dass eine neue Kupfermine das verbliebene Wasser vergiften könnte.
Quelle: NZZ

14. **"Zensur macht nur die Sowjetunion, wir selbst haben freie Medien"**
Jörg Becker über die politische Rolle von Medien, Propaganda und PR-Arbeit sowie missverständliche Übersetzungen aus dem Englischen (Teil 1) […]
Im Interview mit Telepolis gibt Becker tiefe Einsichten in das Verhältnis von PR und Journalismus in Konflikten. […]
Das Problem mit dem Propaganda-Begriff wird ganz deutlich, wenn man sich klar macht, dass dieser Begriff in den vierziger und frühen fünfziger Jahren der zentrale Begriff im Kalten Krieg wurde. Der Begriff bekam absichtlich – und das kann man nachweisen in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten – den großen Stellenwert als Begriff gegen die Sowjetunion.
Propaganda war grundsätzlich im Kalten Krieg das, was die Sowjetunion tat. Man selbst machte selbstverständlich keine Propaganda, man selbst machte Aufklärung. Und zeitgleich zu dieser Dichotomie – wir Aufklärung, die Propaganda – kam natürlich das Begriffspaar "Freiheit der Medien" gegen "Zensur der Medien" hinzu. Zensur macht nur die Sowjetunion, wir selbst haben freie Medien.
Als kleinen Einschub: In der Menschenrechtsdeklaration von 1948 gibt es den Begriff der "Medienfreiheit" nicht. Warum? Weil die Menschenrechtsdeklaration verabschiedet wurde von vielen vielen Ländern und die US-amerikanische Regierung ihr Verständnis von Medienfreiheit in die Mediendeklaration nicht hineinbringen konnten.
Quelle: Telepolis

15. **Tief ist der Brunnen der Vergangenheit**
Hannes Wader schenkt sich neue Songs zum 80. Geburtstag
Nach seinem vor ein paar Jahren aus Altersgründen vollzogenen Rückzug aus der Öffentlichkeit erscheint dieser Tage unverhofft ein neues Album von Hannes Wader. Dessen schöner Titel »Was ich noch singen wollte« weist das Werk als eine Art Liederzyklus gewordenes Nachwort aus: Alles mir Wichtige habe ich längst zum Ausdruck gebracht, schicke hier bloß noch ein paar lose Brocken hinterher. Sich ja nicht zu wichtig nehmen.
Noch schöner als sein Titel ist der Umstand, dass dieses pünktlich am Beginn von Waders neuntem Lebensjahrzehnt erscheinende Album ziemlich bemerkenswert geraten ist. Am Beginn werden Zeilen von Hölderlin zitiert, diesem in Wahnsinn

gefallenen Dichter, Außenseiter der Goethezeit, der erst lange nach seinem Ableben zu Lesern und Ehren kam: »Aber das Saitenspiel tönt fern aus Gärten/ vielleicht, dass dort ein Liebendes spielt oder ein einsamer Mann/ ferner Freunde gedenkt und der Jugendzeit«. Das sind Zeilen aus Hölderlins Wunder von Gedicht »Brot und Wein«; Zeilen über die Kraft der Musik, die wie keine andere Kunst in Seelentiefen zu dringen vermag und das, was dort womöglich unter Schichten verschüttet liegt, weckt, wieder fühlbar macht.
Quelle: ND